

Medienmitteilung

Thema	Generationenuntauglicher Strukturausbau im IAFP 2019-2022
Für Rückfragen	Peter Ammann 079 222 71 90 Melanie Mettler 079 312 25 21
Absender	Fraktion Grünliberale/jglp im Stadtrat der Stadt Bern
Datum	22. März 2018 – Sperrfrist 10Uhr

Massiver Strukturausbau widerspricht generationengerechter Finanzpolitik

Die Fraktion Grünliberale/jglp der Stadt Bern ist überrascht über den vom Gemeinderat verabschiedeten massiven Struktur- und Leistungsausbau im IAFP 2019-2022. Nach Ansicht von glp/jglp entspricht es nicht den Bedürfnissen der Steuerzahlenden, die hohe Lebensqualität und städtische Angebote mit erhöhten Ausgaben noch weiter zu steigern.

Stellenausbau

Die Direktion PRD (6.55 Stellen), Direktion BSS (18.4 Stellen), Direktion TVS (12.35 Stellen), Direktion FPI (15.9 Stellen) und Direktion SUE (2.6 Stellen).

Es ist erfreulich, dass die Stadt Bern moderat wächst und auch in Zukunft damit gerechnet werden kann, dass die hohe Lebensqualität die Attraktivität des urbanen Siedlungsraums für die Wohnbevölkerung weiter ausbaut. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Strukturen und auch Investitionen in Infrastruktur an dieses Wachstum gekoppelt sind.

Der vom Gemeinderat vorgestellte Stellenausbau von 56 Stellen allein für das Jahr 2019 übersteigt das zu erwartende Wachstum der Wohnbevölkerung jedoch massiv. Wir gehen davon aus, dass der aktuelle Gemeinderat von seinen Legislaturzielen abweichen will und die klaren Stimmverhältnisse ausnützt, extreme parteipolitische Positionen in der Regierung durchzusetzen. Dies entspricht nicht der politischen Kultur in der Schweizer Demokratie.

Unbefristete Stellen

Der Gemeinderat handelt mit dem geplanten Stellenausbau zudem seinem eigenen Grundsatz, künftig Aufgaben bis zur Vollendung der Umsetzung zu planen und nur noch befristete Stellen zu schaffen. Selbst wenn es in einigen Fällen nachvollziehbare Gründe gibt, von diesem Grundsatz abzuweichen, ist es unverständlich, dass der Gemeinderat die Schaffung von gegen 60 unbefristeten neuen Stellen vorsieht. Die zeitliche Beschränkung von Ausgaben beruht auf dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit, der es kommenden Entscheidungsträgern ermöglichen soll, mit der nötigen Flexibilität auf finanziellen und gesellschaftlichen Wandel zu reagieren.

glp/jglp prüft Ablehnung des IAFP

Die Lebensqualität in Bern ist äusserst hoch – was unter anderem auch durch das erfreuliche Wachstum der Wohnbevölkerung bestätigt wird. Den Vorsatz des Gemeinderats, die Lebensqualität durch Ausgaben und Ausbau der Strukturen noch weiter zu steigern teilen wir nicht. Nach Ansicht glp/jglp entspricht ein Ausbau des Angebots nicht dem Bedürfnis der Steuerzahlenden in der Stadt Bern. Die Fraktion glp/jglp wird den vorliegenden IAFP gründlich prüfen und diskutieren. Die allfällige Ablehnung des IAFP wird unter den gegebenen Umständen explizit nicht ausgeschlossen.